
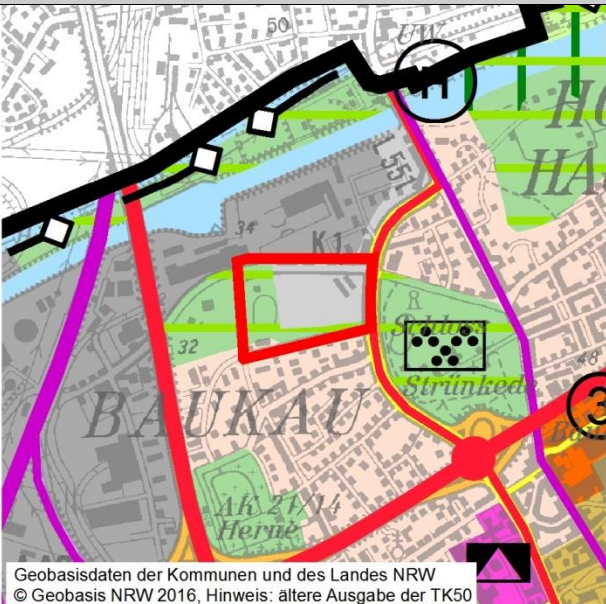
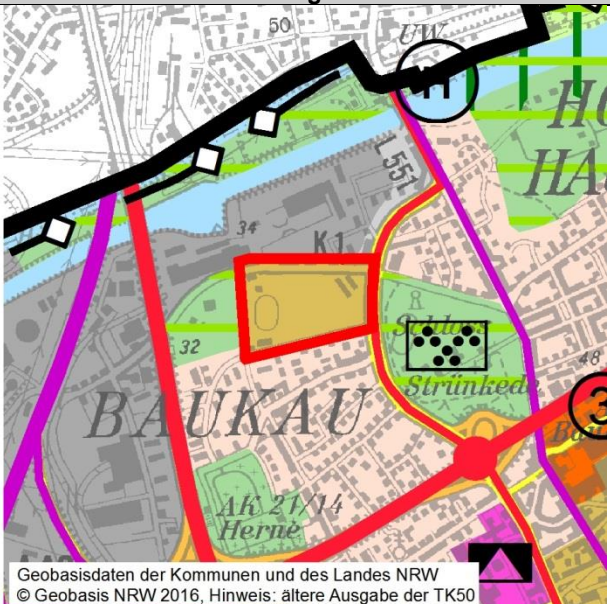


Änderung des RFNP, Teil B der Begründung: Umweltbericht

Änderung-Nr.:	23 HER	Gemeinde:	Herne	Lage:	Dienstleistungspark Schloss Strünkede	Flächengröße:	9,8 ha
Realnutzung:	Wohnbauflächen Gemeinbedarfsflächen Spiel- und Sportanlagen Gewerbliche Bauflächen (ASB) Grünflächen Flächen für den überörtlichen Verkehr Brachflächen (gew./ind.)	0,5 ha 0,6 ha 0,1 ha 1,6 ha 3,7 ha 0,9 ha 2,4 ha	RFNP-Darstellung:	Wohnbauflächen/Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) Gewerbliche Bauflächen/Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) Grünflächen/Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche Regionale Grünzüge	0,2 ha 6,1 ha 3,5 ha (3,5 ha)	RFNP-Änderung Entwurf:	Gemischte Bauflächen/Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) 9,8 ha
Ausschnitt Realnutzungskartierung M 1:25.000			Ausschnitt RFNP M 1:25.000			Ausschnitt RFNP-Änderung M 1:25.000	
 <p>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</p>			 <p>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</p>			 <p>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</p>	
Veranlassung, Methodik	Die Umweltprüfung erfolgt entsprechend der für den RFNP anzuwendenden rechtlichen Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB) in der bis zum 12.Mai 2017 gültigen Fassung und des Landesplanungsgesetzes (LPIG) sowie des Raumordnungsgesetzes (ROG) in der jeweils geltenden Fassung. Des Weiteren sind für die Umweltprüfung die Durchführungsverordnung (DVO) zum LPIG und entsprechende umweltrelevante Fachgesetze anzuwenden. Gegenstand der Umweltprüfung ist die Ermittlung und Beschreibung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter sowie weiteren Umweltbelange durch die Darstellungen und Festlegungen der vorgesehenen RFNP-Änderung. Hierbei ist der Umweltzustand, seine Entwicklung bei Nichtdurchführung sowie bei Durchführung der Planung einschließlich Alternativen bzw. anderweitige Planungsmöglichkeiten zu beurteilen. Die Verpflichtung zur Berücksichtigung von Vermeidung und Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) gemäß § 1 a Abs. 3 BauGB wird in die Umweltprüfung integriert, ebenso wie die Überprüfung relevanter weiterer						

	<p>Umweltbelange (z.B. FFH- und Artenschutz, Seveso II / III etc.). Die Umweltprüfung der vorliegenden Änderung des RFNP erfolgt auf der Grundlage einheitlicher Bewertungskriterien und Datengrundlagen, die im Rahmen der Aufstellung des RFNP entwickelt und bei Bedarf fortgeschrieben werden. Die Inhalte und Ergebnisse der Umweltprüfung werden in diesem Umweltbericht, der Bestandteil der Begründung zur RFNP-Änderung ist, steckbriefartig dokumentiert.</p> <p>Der Untersuchungsrahmen bzw. –umfang der Umweltprüfung und der Detaillierungsgrad der Umweltprüfung sind gemäß § 8 (1) ROG und § 34 der DVO zum LPIG festzulegen. Hierbei sind die öffentlichen Stellen, deren umwelt- und gesundheitsbezogener Aufgabenbereich von den Umweltauswirkungen des Raumordnungsplans berührt werden kann, zu beteiligen. Analog sind gemäß § 4 (1) Baugesetzbuch (BauGB) die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung aufzufordern (Scoping).</p> <p>Auf Grundlage dieser rechtlichen Vorgaben und zur möglichst frühzeitigen Einbindung des externen Sachverständigen in den Planungsprozess wird das sog. Scoping zur o. g. Änderung Nr. HER23 des Regionalen Flächennutzungsplanes im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung durchgeführt. Die der vorliegenden Umweltprüfung zugrunde gelegten Bewertungskriterien und Datengrundlagen sind der Checkliste der gesonderten Anlage „Scoping“ Änderungsverfahren RFNP Nr.: HER23 zu entnehmen.</p> <p>Das Scoping zur Ermittlung von Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und die frühzeitliche Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wurden parallel im Zeitraum vom 23.08. bis 23.09.2016 durchgeführt.</p> <p>Die hier gegebenen Anregungen haben - soweit sinnvoll und möglich - Eingang in die Umweltprüfung bezüglich des Untersuchungsrahmens bzw. -umfangs sowie bei der Festlegung des Untersuchungsraumes gefunden.</p> <p>Der Untersuchungsraum umfasst die Änderungsfläche sowie das Umfeld, je nach Relevanz für die jeweiligen Schutzgüter bis zu einer Entfernung von 1.600 m.</p>		
Beschreibung des Vorhabens	<p>Der Änderungsbereich ist im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) bislang als Allgemeiner Siedlungsbereich (Wohbauflächen und Gewerbliche Bauflächen) und als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (Grünflächen) mit der überlagernden Signatur Regionaler Grünzüge ausgewiesen. Er umfasst die Standorte eines Bürogebäudes im Nordosten, ein abgängiges Wohngebäude im Westen sowie einen Sportplatz, ein Kleinspielfeld und eine Kindertagesstätte.</p> <p>Auf der Grundlage eines städtebaulichen Entwicklungskonzepts sollen die bisherigen Nutzungen und Planungen modifiziert werden. Es soll ein gemischt genutztes Quartier mit einem gewerblichen Campus im Nordosten, einem – mit Wohnnutzung durchmischten – Nahversorgungsstandort im Nordwesten und Wohnnutzung im Süden des Änderungsbereichs entstehen. Die Baufläche soll nach Westen bis zur Kaiserstraße und nach Süden bis zur Straße Lackmanns Hof erweitert werden. Die Nutzungen werden zu einer Gemischten Baufläche zusammengefasst. Am Standort werden der Sportplatz und die Baseball-Fläche aufgegeben, im Umfeld des Stadions werden östlich des Plangebiets neue Trainingsplätze gebaut.</p> <p>Der vorhandene Freiraumbereich wird gänzlich überplant und in seiner jetzigen Größe und Ausprägung aufgehoben. Eine Grünverbindung in Ost-West-Richtung über die Fläche, mit der der östlich angrenzende Schlosspark Strünkede und der westlich angrenzende Bereich einer Kleingartenanlage miteinander verbunden werden sollen, ist vorgesehen. Deren Flächengröße läge unterhalb der Regeldarstellungsschwelle des RFNP. Die Aufstellung von Bebauungsplänen ist vorgesehen.</p>		
Ziele des Umweltschutzes	<p>In Kapitel 3 des Umweltberichtes zum RFNP (i. d. F. der Bekanntmachung) sind die wesentlichen umweltrelevanten Zielvorgaben beschrieben, die auch für die Änderungen des RFNP von Belang sind. Zusätzlich zu den in Kap. 3 des Umweltberichtes genannten Zielvorgaben ist gemäß §1a (5) BauGB, geändert aufgrund des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden vom 22. Juli 2011, den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel Rechnung zu tragen. Die Ziele des Umweltschutzes haben im Rahmen der folgenden Schutzgutprüfung Eingang in die Bewertungskriterien und Beurteilungsgrundlagen gefunden.</p>		
Schutzgüter	Ist-Zustand der Umwelt Bestand	Auswirkungen der Planung Planung	Bewertung der Umwelt-auswirkungen
Tiere, Pflanzen,	BSN / BSLE-Darstellungen des RFNP (Landschaftsrahmenplan):	keine Auswirkungen	erheblich

biologische Vielfalt, Landschaft	kein BSN / BSLE betroffen		
	Darstellungen des Landschaftsplans: kein Geltungsbereich des Landschaftsplans	keine Auswirkungen	
	Schutzstatus: kein Schutzstatus	keine Auswirkungen	
	Biotopverbund: liegt nicht im Biotopverbund der LANUV	keine Auswirkungen	
	Planungsrelevante Arten: ASP I vom Juni 2016: Kein direkter Hinweis auf das Vorkommen planungsrelevanter Arten; potentielle Fledermausquartiereigenschaft (Sommerquartier) einzelner Höhlenbäume	bei Baumfällungen Ende Oktober bis Ende März keine Auswirkungen	
	Wald: nicht vorhanden	keine Auswirkungen	
	Ökologisches Potenzial: mittlere Bedeutung für den innerstädtischen Biotopverbund mit großem Aufwertungspotential (Steckbrief GEP)	Verlust von Biotopverbundflächen mit großem Aufwertungspotential	
	Grünzüge und kommunaler Freiflächenverbund: - Unzerschnittene Räume (LANUV): nicht betroffen	keine Auswirkungen	
	- Regionaler Grünzug im RFNP: 3,5 ha betroffen	Unterbrechung des regionalen Grünzuges durch erheblichen Flächenverlust	
	- Kulisse Emscher Landschaftspark 2010 /2020+: 6 ha sind Bestandteil des ELP	Verlust einer Teilfläche des ELP; hochwertige, bauliche und Freiraumgestaltung notwendig	
	- Kulisse Masterplan emscherzukunft: Projekt: "Schaffung eines Grünzuges von Herten und Recklinghausen über die Emscher-Insel und über Schloss Strünkede am Westbach (Ostbach) entlang"	möglicher Verlust einer Teilfläche für die Schaffung des Grünzuges im Masterplan emscherzukunft, Grünzugplanung in der konkretisierenden Bauleitplanung erforderlich	
	- kommunaler Freiflächenverbund / Freiraumentwicklungskonzepte: GEP: 2 ha Grünfläche; Entwicklungsziele u. a. öffentliche Erholung, ökologische Entwicklung 4,5 ha Entwicklungsfläche nicht ausschließlich Grünentwicklung, Entwicklungsziel Freiraum: Grünflächenverbindungen Ost-West und Nord-Süd	N-S Grünverbindung geplant (Emscherland 2020 s. u.), Erhalt der Ost-West Verbindung aus dem GEP ist in der konkretisierenden Bauleitplanung zu berücksichtigen; hochwertige, bauliche und Freiraumgestaltung notwendig	
	- Emscherland 2020: Teilfläche des Maßnahmenkonzeptes der EmscherGenossenschaft und der Städte Castrop-Rauxel, Herten, Recklinghausen und Herne	Realisierung der N-S Grünverbindung Schloss Strünkede von 0,45 ha im Rahmen von Emscherland 2020 geplant, ist der konkretisierenden Bauleitplanung zu berücksichtigen	
	- IGA Metropole Ruhr 2027 (Planung RVR): Schloss Strünkede	Auswirkungen nicht abzuschätzen, da keine konkrete Planung	

	<p>mit Umfeld ist Bestandteil des Projekts "Unsere Gärten"</p> <p>Ausgleichsflächen: keine Ausgleichsflächen betroffen</p> <p>Landschaftsbild: geringfügige Bebauung im Randbereich, Gehölzflächen entlang der Grenzen, gut eingegrünter Sportplatz, ca. 2/3 der Fläche offene Wiesen-/Rasenflächen</p> <p>Erholung: Vereinssportanlagen (Fußball, Baseball), Bedeutung für die Naherholung, Bindeglied im Freiflächenverbund zwischen RHK, Wohnbebauung, Kleintierzuchtanlage und Schloss Strünkede</p>	<p>vorliegt</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>Verlust aller landschaftsbildprägenden Elemente möglich; Erhalt/Verlust landschaftsbildprägender Elemente ist im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung zu konkretisieren</p> <p>Verlust der Verbindungsfunktion im Erholungssystem und Verlust von Sportflächen</p>	
Fazit	<p>Fast vollständiger Verlust von Flächen mit besonderer Bedeutung für die Verbindungsfunktion innerhalb des Regionalen Grünzuges. Weiterhin ist der innerstädtische Biotopverbund und Verbund von Erholungsräumen nicht mehr gewährleistet. Die vollflächige Darstellung von Bauflächen berücksichtigt weder die vorhandenen noch geplanten Grünstrukturen. Auf Grund der zu erwartenden Versiegelung ist eine ökologische Aufwertung von Potentialflächen nicht möglich.</p>		
Boden	<p>Bodenschutzklausel: .Es handelt sich extensiv genutzte Fläche, welche teilweise als Raum für Freizeit und Erholung (Spiel- und Sportanlagen, Grünflächen) dient.</p> <p>Schutzwürdige Böden:</p> <p>Es sind Böden mit hohem Filter-/Puffervermögen und hohem Wasserspeichervermögen betroffen (vgl. Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW, Themenkarten 7A und 7B).</p> <p>Bodenbelastungen: Es wurden lokal leicht erhöhte Schadstoffgehalte im Boden gutachterlich festgestellt und abgegrenzt.</p> <p>Sonstiges:</p> <p>Schutzwürdige Geotope: nicht vorhanden</p>	<p>Überbauung und Versiegelung führen zu einem erheblichem Verlust von natürlichen Bodenfunktionen (BBodSchG §2 (2)) und damit zu einem Konflikt mit der Bodenschutzklausel (BauGB §1a). Darüber hinaus widerspricht die Maßnahme dem 30-ha-Ziel bis 2020 der Bundesregierung. Vor diesem Hintergrund ist der unter Punkt 3.2 der Begründung zur RFNP-Änderung 23HER geführte Bedarfsnachweis nicht nachvollziehbar. Den natürlichen Bodenfunktionen ist in diesem Falle besondere Bedeutung beizumessen:</p> <p>a) Die Speicher- und Pufferfunktion für Niederschlagswasser steht hier in engem Zusammenhang mit dem Ostbach, für dessen ökologische Verbesserung im Planungsraum entsprechende Flächen freizuhalten sind.</p> <p>b) Ebenso ist Klimafunktion des Bodens als Kohlenstoffsенke und citynahem Kühlungsraum in diesem Bereich von großer Bedeutung. Durch die Unterbrechung des Ost-West-verlaufenden Grünzugs wird nicht nur die klimameliorierende Wirkung der für die Änderung des RFNP vorgesehen Fläche zerstört, sondern es wird auch die regulierende Wirkung des verbleibenden Grünzugs auf die innerstädtische Wärmeinsel negativ beeinflusst.</p> <p>Gemäß den in §2 Abs. 2 Nr. 6 ROG formulierten Grundsätzen der Raumordnung ist der Raum "in seiner Bedeutung für die Funktionsfähigkeit von Böden [...] zu entwickeln [...]". Im Sinne einer nachhaltigen Raumordnung und Raumentwicklung sind die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen, zu denen auch der "Erhalt und die Entwicklung natürlicher Senken für klimaschädliche Stoffe" (§2 Abs. 2 Nr. 6 ROG) zählt, in Einklang zu bringen.</p>	erheblich

		<p>Die Schutzwürdigkeit der Böden ist bei einem ggf. notwendig werdenden Ausgleich in besonderem Maße zu berücksichtigen und zu bewerten.</p> <p>Die vorgefundenen Belastungen sind ggf. zu beseitigen bzw. zu sichern.</p>	
Fazit	Es ist eine Verschlechterung bis hin zu einer vollständigen und irreparablen Zerstörung der natürlichen Bodenfunktionen durch Versiegelung zu erwarten. Die Überplanung verursacht einen erheblichen Verlust von in Herne ohnehin nur noch begrenzt zur Verfügung stehenden natürlichen Bodenfunktionen.		
Wasser	<p>Oberflächengewässer: im Planungsraum befindet sich der verrohrte Ostbach; Einzugsbereich der Emscher und Rhein-Herne-Kanal im Norden</p> <p>Quellgebiete: keine</p> <p>Trinkwasser- /Heilquellenschutzgebiet: nicht ausgewiesen</p> <p>festgesetztes Überschwemmungsgebiet: keine</p> <p>Hochwassergefahren: nicht relevant</p> <p>Einflussnahme auf Grundwasserhaushalt: zur Zeit größtenteils unversiegelte Fläche</p> <p>mittlerer Grundwasserflurabstand: 1,50 m bis 2,50 m, deutlich weniger als 3,00 m unter GOK</p>	<p>Zukünftige Maßnahmen im Rahmen einer ökologischen Verbesserung des Ostbaches (Entflechtung Ostbachunterlauf), insbesondere die Offenlegung des Ostbaches und die naturnahe Gestaltung eines Gewässerlaufes auf der Fläche werden verhindert; eine Beeinflussung des Wasserhaushalts der angrenzenden Gewässer ist denkbar;</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>erhebliche Auswirkungen; Versiegelungen, Drainagen oder Einbauten in das Grundwasser können zu erheblichen Veränderungen des Grundwasserflurabstandes führen; Kanalersatzsystem mit Einleitung in den Reinwasserlauf notwendig; Gefahr der Kellervernässung;</p> <p>Auswirkungen auf Bauwerksplanungen; erschwert eine Niederschlagsbewirtschaftung durch Versickerung</p>	erheblich
Fazit	Die geplante Neuversiegelung und die Überplanung der Freiflächen im Umfeld des Gewässers Ostbach sind als erheblich einzustufen. Entwicklungsmöglichkeiten werden durch die heranrückende Bebauung dauerhaft verhindert. Die Entflechtung von Abwasser und Reinwasser und die		

	<p>ökologische Verbesserung des vorhandenen Ostbaches ist in dem Planungsbereich nicht gewährleistet. Die Entflechtung von Rein- und Schmutzwasser ist Voraussetzung zur Umgestaltung des Gewässers. Eine Offenlegung des Ostbaches und eine naturnaher Ausbau ist in dem Bereich langfristig nicht mehr möglich.</p> <p>Es werden mehr als 3 ha unversiegelter Fläche der Grundwasserneubildung entzogen. Bei der geplanten Gebietsgröße und dem anzunehmenden Versiegelungsgrad ist mit einer Beeinträchtigung der Grundwasserneubildung zu rechnen. Für die geplante Bebauung ist eine gewässerträgliche Niederschlagswasserbewirtschaftung geboten.</p>		
Luft	<p>lufthygienische Belastungsschwerpunkte: Im Bereich der Änderungsfläche und im näheren Umfeld sind grenzwertüberschreitende PM10- und NO2-Belastungen nicht gegeben.</p> <p>Einschätzung lufthygienische Gesamtsituation: Aufgrund der Nutzungsstruktur und der straßenverkehrlichen Gegebenheiten, ist die lufthygienische Gesamtsituation als städtische Hintergrundbelastung einzuschätzen. Keine Grenzwertüberschreitungen.</p> <p>Durchlüftungsverhältnisse: Im Wesentlichen Freifläche, so dass gute Durchlüftungsbedingungen gegeben sind.</p>	<p>Durch Zunahme des Anliegerverkehrs wird es voraussichtlich zu einer Erhöhung der Verkehrsemissionen in der Umgebung der Änderungsfläche kommen.</p> <p>Die Verdichtung läßt zusätzliche Emissionen von Anliegerverkehr und durch Raumheizung erwarten. Von einem wesentlichen Beitrag zur Überschreitung der Grenzwerte für PM10 und NO2 ist nicht auszugehen.</p> <p>Durch die vorgesehene Bebauung tritt eine Erhöhung der Rauigkeit ein, die Durchlüftungsbedingungen werden herabgesetzt. Bei dichten Baustrukturen besteht die Gefahr, dass Belüftungsbedingungen negativ beeinflusst werden.</p>	nicht erheblich
Fazit	Die Maßnahme führt nicht zu einer wesentlichen Erhöhung der Gesamtemissionen an luftverunreinigenden Stoffen.		
Klima	<p>Last- und Ausgleichsräume: Änderungsfläche ist Teil einer im Nahbereich ausgleichend wirkenden Park- und Grünfläche.</p> <p>Klimatope und deren Eigenschaften: Parkklima, in Nachbarschaft zu nördlich angrenzenden Gewerbeklima und südlich angrenzenden Stadtklimatop zusammenhängende Klimatopfläche mit dem Schlosspark Strünkede.</p> <p>Klimadynamik / Luftaustauschprozesse: Park- und Grünfläche, Charakteristisch ist die erhöhte nächtliche Kaltluftbildungsrate, die sich positiv auf die umliegende Bebauung im Nahbereich < 200 m auswirkt.</p> <p>Klimawandelanpassung: Ein Klimaanpassungskonzept für Herne liegt derzeit nicht vor. Änderungsfläche stellt eine potenzielle Fläche für Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Klimaanpassung dar.</p> <p>Klimaschutz: kein Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels</p>	<p>Verkleinerung der Park- und Grünfläche</p> <p>Stadtrandklima bis hin zu Stadtklima, teilweise im Norden Übergang Gewerbeklima</p> <p>Verkleinerung der Park- und Grünfläche, Reichweite der positiven Wirkung (nächtlicher Temperaturrückgang) nimmt ab.</p> <p>Mögliches Ausgleichspotential für Klimaanpassungsmaßnahmen im Raum verringert sich.</p> <p>Neubauten entsprechend aktueller Baurichtlinien zur</p>	erheblich

		Energieeinsparung, ggf. Solarthermie/Fotovoltaik	
Fazit	Die Realisierung der Planug führt zu einem Verlust an Grünfläche. Es kommt zu einer Verkleinerung der als stadtklimatisch positiv einzustufenden Park- und Grünfläche. Damit verbunden ist eine Reduzierung der bisherigen Ausgleichswirkung im Umfeld (Kaltluftbildung).		
Mensch, Gesundheit, Bevölkerung	<p>Umweltfaktoren mit Auswirkungen auf Menschen und ihre Gesundheit</p> <p>Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft: Der Änderungsbereich hat Bedeutung für die Erholung (Sport) s. bei entsprechendem Schutzgut</p> <p>Boden: s. bei entsprechendem Schutzgut</p> <p>Wasser: kein Überschwemmungsgebiet</p> <p>Luft: keine Hinweise auf Schadstoffbelastungen</p> <p>Klima: es liegt keine bioklimatische Belastungssituation vor</p> <p>Lärm: Gemäß Umgebungslärmkartierung des LANUV von 2007 und des EBA von 2008 ist der gesamte Änderungsbereich erheblich durch Straßenverkehrslärm (Lden zwischen 55 und 65 dB(A), Lnight zwischen 50 und 55 dB(A)).und Schienenverkehrslärm (Lden teilweise zwischen 55 und 60 dB(A), Lnight im westlichen Teil zwischen 50 und 55 dB(A)) belastet.</p> <p>Sonstige Emissionen / Immissionen: Allgemein: Trennungsgrundsatz nach § 50 BImSchG:</p> <p>Seveso II / III: Fläche liegt nicht im Achtungsabstand eines Seveso III-Betriebes</p> <p>Abstandsklassen I-IV gem. Abstandserlass 2007: Die Fläche liegt vollständig im Einflussbereich eines Betriebes der Abstandsklasse I gemäß Abstandserlass 2007.</p> <p>Einzelbeurteilungen von Emissionen und Immissionen:</p>	<p>Verlust einer Freifläche mit Bedeutung für die wohnungsnaher Freizeit und Erholung sowie Verbindungsfunktion für die Erholungsnutzung, Verlust eines Sportplatzes und eines Sportfeldes (Baseball)</p> <p>Im nachfolgenden Bebauungsplanerverfahren sind ggf. Maßnahmen erforderlich</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>geringe Zunahme der Immissionen durch Ziel- und Quellverkehr sowie durch Beheizung von Gebäuden</p> <p>durch die geplante Änderung wird die sich die Klimatopzuweisung von Parkklima zu Stadtrandklima verschieben. Die klimatische Ausgleichsfunktion der aktuellen Freifläche für die angrenzende Wohnbebauung wird sich erheblich verringern.</p> <p>Eine erhebliche Beeinträchtigung der geplanten Wohnbebauung ist absehbar. Die Erstellung eines Lärmgutachtens und mglw. die Festsetzung von Schallschutzmaßnahmen sind im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren erforderlich.</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>Mögliche Konflikte durch heranrückende Wohnbebauung sind im nachfolgenden Planverfahren zu lösen.</p>	erheblich

	Erschütterungen: keine Hinweise	keine Auswirkungen	
	Licht: keine Hinweise	keine Auswirkungen	
	Geruch: keine Hinweise	keine Auswirkungen	
	Elektromagnetische Felder: keine Hinweise	keine Auswirkungen	
	Sonstiges: keine Ergänzungen	keine Auswirkungen	
Fazit	Erhebliche Auswirkungen auf die Erholungsnutzung sind gegeben, Auswirkungen durch Lärm und verringerte klimatische Ausgleichsfunktion sind wahrscheinlich. Durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen können die Auswirkungen reduziert werden.		
Kultur- und Sachgüter	<p>Kulturgüter:</p> <p>rechtskräftig geschützte Baudenkmäler: keine</p> <p>rechtskräftig geschützte Bodendenkmäler: keine</p> <p>rechtskräftig geschützte Denkmalbereiche: keine</p> <p>Denkmalwerte Sachen / Sachgesamtheiten: keine</p> <p>Geschützte oder schützenswerte Objekte der Route der Industriekultur: keine</p> <p>Kulturlandschaftsbereich: KLB 255 (Schloss Strünkede) östlich angrenzend</p> <p>Sachgüter: abgängiges Wohnhaus, Sportplatz und Spielfläche Baseball werden überplant</p>	<p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>vorhandene Wohnbebauung Forellstraße Ecke Kaiserstraße ist abgänglich und stellt keinen relevanten Sachwert dar, Sportplatz ist entbehrlich (Verlagerung der Funktion), Baseball-Fläche stellt keinen relevanten Sachwert dar</p>	nicht erheblich
Fazit	keine geschützten / schützenswerten Kulturgüter vorhanden, keine relevante Beeinträchtigung von Sachgütern		
FFH-Prüfung			nicht relevant
Prüfung Seveso II / III	Fläche liegt nicht im Achtungsabstand eines Betriebsbereichs nach Seveso-III-Richtlinie.		nicht relevant
Wechselwirkungen	Es sind keine über das normale Maß hinausgehenden Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern zu erwarten.		
Auswirkungen bei Nichtdurchführung der Planung	Der wirksame RFNP legt die Fläche teilweise als Allgemeinen Siedlungsbereich (hier größter Anteil Gewerbe) und teilweise als Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich (Grünfläche) fest, mit der überlagernden Darstellung des Regionalen Grünzugbereiches im letzteren. Die planungsrechtliche Situation ändert sich dahingehend, dass nun gemischte Bauflächen ausgewiesen werden, die einen größeren Anteil an Wohnbebauung und großflächiger Einzelhandel beinhalten. Diese Ausweisungen ersetzen die Freiraumflächen. Die Grünflächen blieben bei Nichtdurchführung der Planung voraussichtlich in ihrer jetzigen Form enthalten bzw. könnten aufgewertet werden.. Die weitere Nutzung der Sportflächen (Sportplatz und Spielfläche Baseball) ist langfristig nicht prognostizierbar.		
Maßnahmen zur	Der Trennungsgrundsatz nach § 50 BImSchG ist zu beachten (Abstandserlass).		

Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich	<p>Die weitergehenden Planungsabsichten bedürfen eines Konzeptes zur Regenwasserbewirtschaftung.</p> <p>Auf Ebene der Bebauungsplanung sind voraussichtlich Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung von Konflikten mit den Schutzgütern Boden, Wasser, Mensch, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt und Landschaftsbild erforderlich.</p> <p>Stadtklima/Klimatische Ausgleichsfunktion für den Menschen: Erhalt von strömungs-offenen Bereichen (Korridore) zwischen der Kleingartenanlage im Westen und dem Schloss-Strünkede-Park im Osten.</p> <p>Boden-, Grundwasser- und Gewässerschutz: Zum Erhalt der schutzwürdigen Böden und der hier besonders wichtigen Bodenfunktionen in Bezug auf Speicherung und Pufferung sowie Kühlung/Klimamelioration ist eine Bebauung oder Versiegelung zu vermeiden. Eingriffe im Bereich der schutzwürdigen Böden sind so gering wie möglich zu halten und bei einer Bewertung im Hinblick auf spätere Ausgleichsmaßnahmen besonders zu berücksichtigen. Des Weiteren ist zur Minderung der bodenschädigenden und bodendestruierenden Maßnahmen eine bodenkundliche Baubegleitung durchzuführen, welche bereits in der Planungsphase einsetzt. Durch eine vorausschauende Planung können unnötige Eingriffe in die Böden effektiv vermieden werden. Die durch Versiegelung dem natürlichen Wasser- und Nährstoffkreislauf entzogenen Böden sind durch geeignete Maßnahmen auszugleichen. Diese Maßnahmen sind vorab mit der Unteren Bodenschutzbehörde der Stadt Herne abzustimmen. Der in Anspruch genommene Boden, welcher später nicht durch Baumaßnahmen versiegelt wird, ist durch Bodenmeliorationsmaßnahmen in einen Zustand zu versetzen, so dass die natürlichen Bodenfunktionen in einem ausreichenden Maß wiederhergestellt werden.</p> <p>Wasserhaushalt: Die Verringerung der Grundwasserneubildung ist durch eine Niederschlagswasserbewirtschaftung auszugleichen. Wegen der geringen Grundwasserflurabstände ist eine wasserdichte Kellerbauweise oder der Verzicht auf Kellergeschossbauweise zu prüfen. Maßnahmen zur gewässerverträglichen Niederschlagswasserbewirtschaftung sind erforderlich. Bei einer Neuplanung ist für die Entwässerung aufgrund der zu versiegelnden Flächen neben einem Trennsystem auch eine dezentrale naturnahe Regenwasserbewirtschaftung geboten. Dies beinhaltet die Schaffung sogenannter Retentionsräume für Niederschlagswasser in Form von Regenrückhaltebecken und -kanälen, Versickerungsmulden und die Gestaltung von Grünflächen als Mulden, so dass sie Niederschlagswasser aufnehmen und zurück halten. Desweiteren die Gestaltung von Verkehrsflächen zur Aufnahme und Rückhaltung von Niederschlagswasser, die oberflächige Ableitung von Niederschlagswasser in Grabensystemen mit gedrosselter Überleitung in den Ostbach und die Schaffung von Grün- und Wasserachsen zur Aufnahme von Niederschlagswasser.</p> <p>Schaffung eines neuen offenen Gewässerabschnittes für den Ostbach unter Beibehaltung der vorhandenen Verrohrung (evtl. Sanierung notwendig) des Ostbaches für Schmutzwasser. Bei Freihaltung der derzeit verrohrten Ostbachtrasse von Flächenausweisungen für Bebauung und Auffüllung könnte eine Bachoffenlage mit ausreichenden Entwicklungsräumen für das Gewässer (ökologische Umgestaltung des Gewässers einschließlich Gewässerrandstreifen und Pflanzmaßnahmen) zukünftig ermöglicht werden.</p> <p>Erholungsfunktion für den Menschen/Gesundheit: Schaffung bzw. Erhalt und Festsetzung eines allgemein zugänglichen Grün- bzw. Freiflächenanteils in der Bebauungsplanung. Dies könnte auch mit der Ausweisung einer ausreichend großen Fläche für die naturnahe Gestaltung des Ostbaches einhergehen. Die Erstellung eines Lärmgutachtens und mglw. die Festsetzung von Schallschutzmaßnahmen sind im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren erforderlich.</p> <p>Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft: Erhaltung der Gehölzkulisse am Lackmannshof und der Kaiserstraße in ausreichender Breite. Schaffung einer ost-westorientierten Biotopverbindung mit gleichzeitiger Erholungsfunktion. Neuschaffung eines Anschlusses der Grünraumvernetzung von Schloss Strünkede über den Ostbach bis zum Rhein-Herne-Kanal. Im folgenden Bauleitplanverfahren ist eine Grünordnungsplanung notwendig.</p>
Alternativen-	<p>Das Ziel der Entwicklung eines Gewerbe- bzw. Dienstleistungsstandorts auf einem Großteil der Fläche ist im RFNP bereits enthalten. Die Fläche weist</p>

prüfung	<p>hierfür durch die unmittelbare Nähe zum Gründer- und Innovationszentrum, zu Autobahnanschluss und Innenstadt eine her-ausgehobene Lagegunst auf. Gleichwertige Alternativen sind nicht vorhanden. Im Ortsteil Baukau-Ost sind ebenfalls keine Flächenalternativen für die Unterbringung eines Nahversorgungsstandortes, der den heutigen betrieblichen Standortanforderungen gerecht wird, vorhanden. Hinsichtlich der geplanten Wohnnutzung ist die Fläche Bestandteil des am 30.05.2017 vom Rat der Stadt Herne beschlossenen Programms zur Entwicklung von Wohnbauflächen 2017-2020, das insgesamt 13 prioritär zu entwickelnde Wohnbauflächen beinhaltet. Diese Flächen wurden mit Hilfe einer nutzwertanalytischen Betrachtung, die insbesondere auch verschiedene umweltbezogene Faktoren beinhaltet, aus dem am 29.11.2016 Rat der Stadt Herne beschlossenen Gesamtportfolio der Wohnbauflächenpotenziale ab 2.000m² in Herne abgeleitet. Die in weiten Teilen un- bzw. untergenutzte Fläche begründet zudem aus sich heraus ein planerisches Handlungserfordernis im Sinne einer planmäßigen Entwicklung auf Grundlage einer städtebaulichen Gesamtkonzeption. Der Bedarf für die Unterbringung zusätzlicher Bauflächen (insbesondere für Zwecke des Wohnens / Wohnfolgenutzungen) bzw. für zusätzliche ASB-Flächen ist nach aktueller Bedarfsermittlung des RVR für die Regionalplanung in Herne – und in der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr, die über den Regionalen bzw. zukünftig Gemein-samen Flächennutzungsplan als gemeinsamer Bedarfsraum aufzufassen ist – in erheblichem Umfang gegeben.</p>
Monitoring	<p>Nach § 4 c des Baugesetzbuches, dem § 8 (4) Raumordnungsgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 45 UVPG) sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Pläne und Programme auf die Umwelt zu überwachen, um insbesondere frühzeitig unvorhergesehene, negative Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können.</p> <p>Die Durchführung des RFNP erfolgt in nachgeordneten, konkretisierenden Planungs- und Realisierungsstufen, sodass (unvorhergesehene) erhebliche Umweltauswirkungen frühestens im Rahmen der nachfolgenden Planungsstufen erkennbar werden und erst mit deren Durchführung tatsächlich eintreten. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können somit erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. nachfolgenden Planungs- u. Genehmigungsebenen festgelegt werden. Sofern sich eine Relevanz ergibt, fließen die dortigen Ergebnisse wiederum in das Monitoring zum RFNP ein.</p> <p>Das Monitoringkonzept für den RFNP (Gesamtplan) ist so aufgebaut, dass mit Hilfe von unterschiedlichen Bausteinen die gesamtäumlichen Auswirkungen der Planung erfasst werden können (siehe Kapitel 11.2 des Umweltberichts im Rahmen der Aufstellung des RFNP i. d. F. der Bekanntmachung). Bei der Durchführung des Monitorings wird dann im Einzelfall überprüft, ob die in der genehmigten Fassung festgelegten Überwachungsinstrumente oder Indikatoren (siehe Kapitel 11, dortige Tabelle 21) an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Es können jeweils nur die Indikatoren herangezogen werden, für die zu dem Zeitpunkt des Monitorings aktuelle Informationen vorliegen.</p> <p>Zur Auswertung der ermittelten Daten werden über die aufgeführten umweltrelevanten Daten hinaus die Ergebnisse der Raumbeobachtung herangezogen. Bei Bedarf wird innerhalb der Planungsgemeinschaft eine Monitoringkonferenz durchgeführt, um zu ermitteln, welche Relevanz die festgestellten Umweltauswirkungen für den RFNP haben.</p> <p>Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden als "gesamtäumliche Betrachtung" ebenfalls im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben.</p> <p>Das Monitoring des RFNP begann gemäß genehmigter Fassung erstmalig sechs Jahre nach Rechtswirksamkeit des Planes, d. h. 2016 und wurde im August 2017 fertiggestellt..</p>
Gesamtbeurteilung Fazit	<p>Die Darstellung von ASB auf einer bisher als Grünfläche / ASB dargestellten und als Spiel- und Sportanlage und Grünfläche genutzten Fläche verursacht für die Schutzgüter Biotopverbund/Landschaft und wohnungsnaher Erholung, Boden, Wasser und Klima sowie Mensch und Gesundheit erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen, die im nachfolgenden Bauleitplanverfahren zu prüfen und zu kompensieren sind. Insgesamt werden die Umweltauswirkungen daher als teilweise gravierend eingeschätzt.</p>
Hinweise auf Schwierigkeiten / verwendete Verfahren / Bemerkungen /	keine

Allgemeinverständliche Zusammenfassung:

Mit dem Änderungsverfahren 23 HER (Dienstleistungspark Schloß Strünke) wird die Umnutzung von Woh- und Gewerbeflächen (bisher: 6,1 ha Gewerbliche Baufläche und 0,2 ha Wohnbaufläche) und Freiflächen (3,5 ha Sport- und Grünflächen) in gemischte Bauflächen (9,8 ha) vorbereitet. Das städtebauliche Entwicklungskonzept, das der Planung zugrunde liegt, sieht ein gemischt genutztes Quartier mit einem gewerblichen Campus im Nordosten, einem – mit Wohnnutzung durchmischten – Nahversorgungsstandort im Nordwesten und Wohnnutzung im Süden des Änderungsbereichs vor. Die Änderungsfläche ist 9,8 ha groß. Teile der Fläche (3,5 ha) sind im RFNP bisher als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit der überlagernden Darstellung Regionaler Grünzug ausgewiesen. Die Änderung ist voraussichtlich mit erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen (Biotopverbund/Landschaft und Mensch/Gesundheit, wohnungsnaher Erholung, Boden, Wasser und Klima) verbunden. Eine Konfliktlösung hat auf Ebene der Bauleitplanung zu erfolgen. Die erforderlichen Untersuchungen und die Festlegung von Maßnahmen finden im nachgeordneten Bebauungsplanverfahren statt.

Stand: 22.08.2018